



Hüseyin-Kenan Aydin

Obmann für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Fraktion DIE LINKE

Paul Schäfer

Verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Berlin, 8.10.2008

Bericht über die Reise der Abgeordneten Paul Schäfer und Hüseyin Aydin in den Sudan vom 11. bis zum 15. August 2008

Vom 11. bis zum 15. August 2008 führten Paul Schäfer und ich eine gemeinsame Reise in den Sudan durch. Begleitet wurden wir von Frau Dr. Annette Weber (Stiftung Wissenschaft und Politik), die uns als landes- und sachkundige Dolmetscherin unterstützte. Die Reise stand von Beginn an unter keinem guten Stern. Beeinträchtigungen durch den im selben Monat stattfindenden Personalwechsel in der Deutschen Botschaft, die erhebliche Nervosität im Lande durch die angedrohte Anklageerhebung gegen den sudanesischen Staatspräsidenten beim Internationalen Strafgerichtshof, und die anhaltende Verschärfung des Konflikts in den Darfur-Provinzen, beeinflussten unser Reiseprogramm erheblich.

Das Hauptinteresse bei der Planung der Sudan-Reise galt dem Konflikt in Darfur – aber ein Flug nach El Fascher bzw. Nyala liess sich leider aus Sicherheitsgründen nicht ermöglichen. Wir hatten stattdessen die Gelegenheit, in Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz nach Kassala / Ostsudan zu reisen. Auch dort fanden noch vor wenigen Jahren heftige Kämpfe zwischen der Eastern Front (Beja-Kongress und andere) und den Regierungstruppen statt. Auch die SPLM unternahm über Eritrea kommend hier Vorstöße gegen Khartum. Dort existiert allerdings seit 2006 ein Friedensabkommen, über dessen Tragfähigkeit wir uns informieren konnten. Gerade dort in den ärmeren Provinzen werden wir heftig mit den Folgen der internationalen Nahrungsmittelkrise konfrontiert. Die explodierenden Preise bringen nicht nur diese Region an den Rand einer schlimmen Hungersnot.

In Khartum hatten wir die Möglichkeit mit verschiedenen Parteien des Landes sowie mit Vertretern verschiedener UN-Institutionen und humanitären Hilfsorganisationen zu sprechen. In diesen Gesprächen konnten wir uns einen recht guten Überblick über die gegenwärtige Lage im Lande und den künftigen Konfliktlinien verschaffen. Khartum selber präsentiert sich mehr und mehr als „Boom-Town“. Neue, hoch aufragende Geschäftszentren werden errichtet; beteiligt sind China, Indien, Malaysia, die Golf-Staaten, aber auch die Nachbarn in

Nordafrika. Dort, wo der Blaue und der Weiße Nil zusammenfließen, soll auf einer riesigen Brache ein neuer, Dubai-inspirierter Central Business District entstehen. Allerdings gab es bei meinem letzten Besuch schon diese Pläne, bewegt hat sich auf dem Gelände bisher nichts. Der neue Reichtum dank Erdöl und chinesischer Entwicklungshilfe hinterlässt dennoch allenthalben seine Spuren; die reiche Oberschicht wird reicher, für einen Teil der Sudanesen mag in der Hauptstadt und im Nil-Tal davon etwas abfallen. Umso krasser stellen sich die Gegensätze dar, als wir die Stadt Richtung Südosten verlassen. Der Grundkonflikt nicht nur dieses Entwicklungslandes wird greifbar: Die Peripherien bleiben abgehängt und leiden weiter Not, trotz des beträchtlichen Reichtums in den Zentren.

Darfur: Auch mit UNAMID kein Friede in Sicht

Im Zentrum des Interesses bleibt Darfur. Das sogenannte Darfur Peace Agreement, das nur von einer größeren Rebellengruppe unterzeichnet wurde, hat eher eine Eskalation der Gewalt bewirkt. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Darfur Peace Agreement gab es drei Rebellengruppen, heute sind es mindestens zwanzig. Der Unterzeichner Minni Minnawi, unternahm mit seinen Milizen, unterstützt durch die Zentralregierung, beträchtliche Anstrengungen, um den eigenen Einflussbereich zu erweitern. Dabei schreckten die Truppen vor Gräueltaten nicht zurück. Aber im Ergebnis kann gesagt werden, dass die Zentralregierung die Lage weniger denn je unter Kontrolle hat. Von den Janjawid-Milizen, die von der Regierung in Khartoum lange Zeit als Alliierte gegen die Darfur-Rebellen und irreguläre Hilfstruppen instrumentalisiert worden waren, ist seit einiger Zeit bekannt, dass sie zum Teil auf eigene Rechnung arbeiten. Die Kämpfe der immer zahlreicher werdenden Rebellengruppen haben also zugenommen. Zur Verschärfung haben die grenzüberschreitenden Milizbewegungen zwischen Tschad und dem Sudan und die wechselseitige Instrumentalisierung dieser Rebellen durch die beiden Regierungen beigetragen.

Die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Nach den Angaben des World Food Programs und der Welthungerhilfe müssen zur Zeit sechs Millionen Sudanesen versorgt werden. Das Koordinierungsprogramm der UNO für humanitäre Hilfe, OCHA, führt 4,27 Millionen auf, die Unterstützung brauchen. Die Zahl der Flüchtlinge in den Lagern in Darfur bewegt sich weiter über zwei Millionen Menschen. 16.500 Menschen sind in diese humanitäre Hilfe involviert, 95% der Helfer und Helferinnen kommen aus dem Sudan. Es sei schon schwierig genug, die dringend benötigten Mittel für akute Hilfe zusammen zu bringen, so die UN-Vertreter, aber an Geld für längerfristige Rehabilitierungs- Betreuungs- und Aufbauprogramme fehle es an allen Ecken und Enden.

Der Zugang den Lagern ist nach der Übersicht von OCHA weiter extrem schwierig; die Obstruktionen und Schikanen der Regierungsbehörden halten an. Zugleich gefährdet die immer unkontrollierte Gewaltausbreitung die Hilfskonvois und die humanitär engagierten Arbeitskräfte in steigendem Maße. Der deutsche Botschafter, Herr Dr. Keller, sieht einige Ursachen für diese schlimme Entwicklung. Die Ankündigung der Hybrid-Mission (Afrikanische Union und UN), habe anfangs für eine deutliche Beruhigung gesorgt, aber diese Zeit sei nicht genutzt worden.

- Die von EU und UN eingesetzten Unterhändler hätten keinen ausreichenden Rückhalt in der Staatengemeinschaft gehabt. Deutliche Kritik übte der Botschafter an der bisherigen EU-Diplomatie: Man könne keinen Friedensschluss „aus der Ferne“ befördern.
- Man habe es versäumt, auch angemessenen Druck auf die verschiedenen Rebellen-Gruppen auszuüben, um den Dialog zwischen Khartum und den Darfuris, aber auch der Dialog zwischen den Akteuren der Region voranzubringen. So spekulieren manche Gruppen/Stämme immer noch darauf, dass eine Internationalisierung des Konflikts gerade ihnen nutzen würde.
- Die internationale Staatengemeinschaft, namentlich der Westen, verfolge keine konsistente Politik. Als Beispiel kann das Hin und Her um die UNAMID-Militärmission dienen, aber auch die Anklage gegen Omar al Baschir vor dem Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court; ICC). Die Regierung als eine kriminelle Vereinigung zu stigmatisieren, werde deren Bereitschaft zur Kooperation gefährden, die man aber für eine Darfur-Friedensregelung benötige.

Immerhin setze die Regierung Baschir in Khartum nach Einschätzung der deutschen Diplomaten einiges daran, aus der Paria-Rolle herauszukommen. Gerade der ungelöste Darfur-Konflikt werde als Makel wahrgenommen, den die Regierung eigentlich loswerden wolle. Dies gelte übrigens auch für China, das sich daher aktiver um eine diplomatische Vermittlung und um Druck auf die Zentralregierung bemühe. Dabei spielt gewiss auch das Motiv eine Rolle, ungestörter den Ölgeschäften im Lande nachgehen zu können.

Die Militärmission UNAMID wurde zwar von verschiedenen Gesprächspartnern als alternativlos eingeschätzt, aber auch sehr kritisch gesehen. Besonders der frühere Staatspräsident und Vorsitzende der immer noch einflussreichen Umma-Partei, Sadiq el Mahdi, sagte, die Sache sei grundsätzlich falsch aufgezogen worden. Ein großes Militärkontingent loszuschicken, ohne eine klare Grundlage in Form eines Waffenstillstands- und Friedensabkommen zu haben, sei gefährlich und unklug. Die UNAMID-Truppen würden allzu leicht in die Lage von „sitting ducks“ geraten. In ähnlicher Weise äußerte sich ein anderer Gesprächspartner: Der zögerliche Aufbau von UNAMID könne zur Belastung werden, denn natürlich zögen die Truppen Banditen und Rebellen an, ohne dass sie sich gegenwärtig angemessen verteidigen könnten.

Positiv wurde vom Deutschen Botschafter angemerkt, dass sich die Polizeiarbeit in den Flüchtlingslagern und damit der Schutz der Zivilisten verbessert habe. Auch die Führungsstruktur habe optimiert werden können. Noch defizitär sei jedoch die Ausbildung der Truppen.

Am gravierendsten bei der Aufstellung der Militärmission erweisen sich aber die logistischen Probleme. In Verbindung mit UNMIS, deren logistischer Stützpunkt sich in El Obeit befindet, soll die Bahnstrecke Port Sudan – Khartoum über El Obeit bis nach El Fascher ausgebaut werden. Der Nachschub auf diesem Weg ist unverzichtbar, da die sudanesishe Regierung die Transporte auf dem Luftweg blockiert. Zurzeit wird auf der Bahnstrecke eine Geschwindigkeit von nur 5 km pro Stunde erreicht! Um die Probleme in den Griff zu bekommen, soll in Abyei ein zweiter Anlauf- Flughafen (nach Wau im Süden) gebaut werden, der für UNMIS und UNAMID nutzbar wäre. Aber all dies dauert.

Die Grundfragen bleiben:

- Wie soll die 20.000 Mann umfassende internationale Truppe Frieden stiften, wenn die inländischen Akteure nicht von der entfesselten Gewalt lassen wollen und nicht auf einen Waffenstillstand festgelegt sind?
- Wie soll ein dauerhafter Abschreckungseffekt erreicht werden, solange die Ursachen der Konflikte nicht einmal ansatzweise bearbeitet werden?
- Und: Trägt die Entsendung der Soldaten nicht nachgerade dazu bei, dass man sich in den westlichen Hauptstädten zurücklehnt, statt endlich die nötige Friedensdiplomatie vor Ort zu unterstützen?

Wir sehen diese Militärmission ganz überwiegend kritisch, weil die erforderlichen zivilen Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung weitgehend auf der Strecke bleiben. Das Hauptaugenmerk muss eindeutig auf den zu lange versäumten Darfur-Darfur-Dialog gelegt werden. Alle Stämme und Parteien müssen an einen Tisch gebracht werden, um einen Friedensschluss zu erreichen.

ICC-Anklage? Erst Friede, dann Gerechtigkeit!

In fast allen Gesprächen hat sich die Problematik des vom Chefankläger des ICC beantragten Haftbefehls gegen Staatschef al Baschir als wichtiger Kristallisationspunkt herausgestellt. Sie wird in den Medien des Landes breit und kontrovers debattiert. Die Reaktionen reichen von Einverständnis bis „Tötet Ocampo“. Dennoch überwog in den Gesprächen mit den sudanesischen Akteuren die Sorge, dass dieser Schritt zu einer Verschärfung der Repression nach innen und zu einer Verhärtung nach außen führen könnte.

Der Vertreter der UN-Dachorganisation für humanitäre Hilfe OCHA zeigte sich überzeugt, dass die Anklage mehr Probleme bringe statt sie zu bearbeiten. Die Sorge gilt nicht zuletzt der möglichen Verschlechterung der Sicherheitslage für das UN-Personal und die zahlreichen NGOs im Lande. Der stellvertretende Leiter von OCHA, Antoine Gerard, betonte, der Arusha Prozess, der zum Comprehensive Peace Agreement (CPA) zwischen Nord- und Südsudan geführt habe, sei nur gelungen, weil man eine Amnestie für die Anführer aller Seiten (Garang im Süden und Baschir im Norden) vereinbart habe („Forget the Crimes“). Erst Frieden, dann Gerechtigkeit, (statt Frieden durch Gerechtigkeit) habe sich als Grundsatz bewährt und dies sollte auch jetzt gelten.

In einer Parteien-Runde formulierte der Vertreter der SPLM, dass man zwar keine Sympathien für Baschir hege, aber Sorge über die Folgen der ICC-Anklage für den demokratischen Transformationsprozess habe. Interessant auch die Reaktion von Sadig al Mahdi (Präsident der Umma-Partei), der in einem bilateralen Gespräch eine Mittelposition einnahm: Man akzeptiere das Anliegen des ICC, es dürfe keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen geben. Aber jetzt die Spitze des Staates anzuklagen, könne die Möglichkeiten einer innersudanesischen Verhandlungslösung erheblich erschweren. Daher favorisiere man ein unabhängiges Hohes Gericht im Sudan, dessen rechtliche Grundlagen freilich erst noch

geschaffen werden müssten. Die Einbeziehung der Afrikanischen Union (AU) und der Arabischen Liga sei in diesem Zusammenhang wichtig.

Es spricht auch aus unserer Sicht alles dafür, dass der UN-Sicherheitsrat von seinem Recht Gebrauch machen sollte, die Anklageerhebung um mindestens 12 Monate auszusetzen. Dies entspricht auch den Forderungen der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga. Allerdings sollte eine Aussetzung nach Artikel 16 mit Richtlinien zur Konfliktbearbeitung in Darfur geknüpft sein. Eine schlichte Aufschiebung ohne dass der von der regierenden Nationalen Kongress Partei (NCP), der Arabischen Liga und AU genannte Friedensprozess tatsächlich initiiert wird und stattfindet, würde nur die Position des Internationalen Strafgerichtshofes unterminieren, nicht aber Frieden vor Gerechtigkeit bringen.

Der Wahlprozess

Das CPA sieht vor, dass im nächsten Jahr auf nationaler Ebene und in den Provinzen gewählt wird. Nach langen Anlaufschwierigkeiten ist nun der Vorsitzende der Wahlkommission ernannt worden. Die 9-köpfige Kommission ist weiterhin nicht besetzt, da sich die verschiedenen Seiten bislang nicht auf die Kandidaten einigen konnten.

Bis dato haben sich 30 bis 35 Parteien registriert, weitere dreißig werden erwartet. Allerdings bleibt offen, inwieweit sich bereits vor den Wahlen Koalitionen oder Wahlbündnisse herausbilden können, die den noch dominierenden Einfluss der NCP im Norden, bzw. der SPLM im Süden ernsthaft gefährden könnten. Es wird derzeit im Sudan eine Ausweitung der Regierung der Nationalen Einheit diskutiert, die alle im Parlament vertretenen Parteien einschließen soll. Ob dies lediglich eine Verbreiterung der Elite bedeutet und dem demokratischen Prinzip des politischen Wettbewerbs entgegen läuft, bleibt abzuwarten. Die Überlegung ist, eine Übergangsregierung einzusetzen, die dann auf faire, gleiche und freie Wahlen vorbereiten soll.

Dennoch gilt nicht nur für alle „Nicht-Regierungsakteure“, die wir angetroffen haben, dass sich große Hoffnungen auf demokratische Wahlen richten. Alle wollen, zumindest verbal, dass die Vereinbarungen des Comprehensive Peace Agreements auch konsequent umgesetzt werden: Selbst in der NCP scheint es Menschen zu geben, die auf die Chance setzen, das despotische Putsch-Regime unter al Baschir loszuwerden.

Es wird im Vorfeld der Wahlen heftig um einige Gesetze im Parlament gerungen werden, denn die Bedingungen für einen einigermaßen fairen Verlauf müssen erst noch hergestellt werden. Die oppositionellen Parteien, wie die Umma-Partei erheben zahlreiche Forderungen wie die Autonomie der Wahlkommission, gleichen Zugang der Parteien zu den Medien, internationale Wahlbeobachter usw. Ob es gelingen wird, die dazu erforderlichen Gesetze gegen den Willen der regierenden National Congress Party durchzubekommen, bleibt fraglich.

Die andere große Frage ist, ob rechtzeitig die ungeklärten Fragen der Wählerregistrierung in solchen Konfliktregionen wie Abyei und ihrer Zuordnung (Nord oder Süd) gelöst werden können (das Problem betrifft ja auch die zahlreichen südsudanesischen Flüchtlinge, die sich

um Khartum niedergelassen haben). Ob sich der Wahltermin Juni 2009 vor diesem Hintergrund halten lässt, steht in den Sternen.

„The biggest elephant in the room“ bleibt auch in dieser Hinsicht Darfur. Wie kann es gelingen, einen Wahlprozess in einer Region zu organisieren, in der weiter heftig gekämpft, geschossen und vertrieben wird? Während Antoine Gerard, der stellvertretende Leiter von UN-OCHA sich eher zurückhaltend äußert und beispielhaft auf das Problem hinweist, wie die über zwei Millionen Binnenflüchtlinge in den Lagern überhaupt mit den nötigen Informationen versorgt werden können, zeigt sich Ray Kennedy, der Repräsentant und Leiter der Wahlabteilung von UNMIS in Khartum, relativ optimistisch. Der Wahlprozess biete eine gewisse Chance, den bewaffneten Konflikt in einen politischen zu transformieren.

Eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen wird der United Nation Mission in Sudan (UNMIS) zukommen, deren Mandat sich ja ausdrücklich auf den gesamten Sudan bezieht – zumindest was die Realisierung des CPA anbetrifft. Noch wird gestritten, wer die erheblichen Aufwendungen für die Wahlen (geschätzte Kosten weit über eine Milliarde Dollar) aufbringen wird; die Regierung in Khartum will die Kosten auf die Internationale Gemeinschaft abwälzen. Aber man wird sich einigen müssen. Obgleich die Regierung bislang noch argumentiert, dass sie die Wahlen selbst ohne Unterstützung der UNO durchführen wird, ist abzusehen, dass die erforderlichen logistischen Anstrengungen zu einem erheblichen Maße auf den Schultern von UNMIS lasten werden.

Nord vs. Süd – Hält das Friedensabkommen?

Insgesamt habe sich das Verhältnis der beiden Konfliktparteien besser entwickelt, als noch vor einiger Zeit erwartet wurde. So das Fazit der Deutschen Botschaft. Beide Seiten hätten sich weitgehend an die vereinbarten Regelungen des Friedensabkommens CPA gehalten. Das Wahlgesetz habe das gesamtsudanesisches Parlament passiert, die für die Wahlen erforderliche Volkszählung werde durchgeführt werden. Die Neuauflage des Bürgerkriegs sei gegenwärtig für beide Seiten keine Option.

Noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres schien es, dass der Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen wieder möglich wäre. Einige der im CPA vorgesehenen Kommissionen kamen nicht voran, die Versuche zur Markierung der Grenzen zwischen Nord und Süd blieben erfolglos, hinzu kamen Klagen über die bislang weitestgehend unterbliebene Entwaffnung der sog. „anderen bewaffneten Gruppen“, der bis heute andauernde Streit über die Verwendung der Öleinnahmen und die Unzufriedenheit der Menschen im Süden über ausbleibende wirtschaftliche Besserung. Aus heutiger Sicht kann gesagt werden, dass das Verhältnis der beiden großen Konfliktparteien bereits einige Krisen überstanden hat und die Lage nach dem jüngsten Konflikt in Abyei im Frühjahr dieses Jahres ruhig geblieben ist.

Der Nachfolger von John Garang, der anfangs umstrittene Salva Kiir, hat sich unangefochten als Anführer der SPLM durchgesetzt und die Spitzen der Partei mit seinen Gefolgsleuten besetzt. Ob die vormalige Rebellenbewegung doch wieder auf eine gesamtsudanesisches Perspektive zusteuert ist überaus fraglich. Die SPLM sendet nach wie vor widersprüchliche

Signale aus. Nicht wenigen in der SPLM-Führung dämmert die Einsicht, dass eine Sezession, durch das Friedensabkommen zwar im Rahmen des Völkerrechts möglich ist, aber nicht ohne Riesenprobleme zu bewerkstelligen wäre. So muss das südsudanesisches Öl auf längere Sicht noch über den Norden nach Port Sudan geleitet werden. Die Frage bleibt, ob vor diesem Hintergrund eine weitgehende Autonomie des Südens plus Einfluss in Khartum nicht doch eine zukunftsreichere Perspektive wäre. Wenn sich diese Sicht durchsetzen würde, so würde dies implizieren, dass die SPLM ihre potenziellen Anhänger in den Flüchtlingscamps und Siedlungen um Khartum mobilisieren würde. Und dass sie sich um eine Allianz mit den verschiedenen Sektionen des bewaffneten Widerstands in Darfur bzw. um eine tragende Rolle bei den Friedensgesprächen bemühen müsste. Beides ist nicht der Fall. Ein ursprünglich für Khartum angesetzter Partei-Kongress wurde nach Juba verlegt. Die Anhänger der Garang-Idee eines einheitlichen demokratischen Sudan scheinen demnach weiter in der Minderheit zu sein. Auch dürfte der gewichtigste Faktor darin zu sehen sein, dass (nach Auffassung aller Insider) die überwiegende Erwartung der südsudanesischen Bevölkerung in Richtung Abtrennung und Konstituierung eines eigenen Staates geht.

In der gemeinsamen Parteienrunde mit NCP, Democratic Union Party, National Party et al. konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die beiden großen Blöcke, NCP und SPLM, arrangiert haben und dabei sind, sich die beiden Landesteile untereinander aufzuteilen. Andere Beobachter und Beobachtungen bestätigen dies. Es bleibt vor allem der dicke Zankapfel Abyei. Manches spricht trotzdem dafür, dass eine Rückkehr zu einem bewaffneten Bürgerkrieg immer unwahrscheinlicher wird. Noch bleibt die Lage fragil, haben beide Seiten kräftig nachgerüstet. Und jähe Wendungen der Ereignisse sind nicht völlig auszuschließen.

UNMIS und der Friedensprozess zwischen Norden und Süden

Die UN-geführte Militärmission UNMIS ist weiterhin ein tragendes Element des Friedensprozesses zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Nicht zuletzt der polizeiliche Anteil der Mission gilt als überaus erfolgreich. Er ist nach Aussagen eines UNMIS-Vertreters so erfolgreich, dass die Regierung in Khartum bereits anfragte ob eine solche Trainings- und Ausbildungsunterstützung auch dort möglich sei.

Während der kurz aufgeflamten Gewalt in der umstrittenen Provinz Abyei vom 14. bis 20. Mai dieses Jahres war UNMIS wegen eines gerade rotierenden sambischen Bataillons nur schwach vertreten. Man habe sich aber rasch um die Vereinbarung eines Waffenstillstandes bemüht; der mit der Unterzeichnung des „Road Map Agreements“ zwischen SPLM und NCP am 8. Juni 2008 auch erreicht werden konnte. Die weitere Entflechtung und der Rückzug der jeweiligen Kampfverbände seien erfolgt. Gegenwärtig seien in der Region 52 Angehörige des militärischen Stabes und 350 sambische Soldaten stationiert. In der Grenzkommission, die die umstrittenen Grenzen verbindlich festlegen sollte, haben die Verhandlungen einen toten Punkt erreicht. Immerhin vereinbarten beide Seiten, dass sie einen Schiedsspruch des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag akzeptieren würden. UNMIS versucht weiter, u.a. durch Satellitenaufnahmen, eine Verständigung über die Grenzen herbeizuführen. Die Unterstützung von Demobilisierungs-, Demilitarisierungs- und Reintegrationsprogrammen (DDR) durch UNMIS hat erste Fortschritte gebracht: Zumindest auf dem Papier

ist die Integration von Einheiten der Rebellenarmee SPLA und der sudanesischen Regierungsarmee mit rund 90% fast abgeschlossen. Die Krise von Abyei hat allerdings gezeigt, dass diese Fortschritte noch keineswegs unumkehrbar sind, und weitere Anstrengungen unternommen werden müssen. Nach der Beilegung der Abyei-Krise haben sich aber beide Seiten am 25. Juni in Genf zu einer Fortsetzung der von UNMIS überwachten DDR-Programme bekannt.

Nach unserem Eindruck richtet sich der Fokus von UNMIS neben der Überwachung der Umsetzung des „Road Map Agreements“ für Abyei mehr und mehr auf zwei Dinge: 1) Die Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 2009 und 2) die logistische Unterstützung beim Aufbau der Hybrid-Mission (UN plus AU) in Darfur. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten politischen Kontroversen über die Modalitäten zur Durchführung der Wahlen bleibt die Mission von UNMIS kompliziert. Weitaus problematischer gestaltet sich die engere Verzahnung von UNMIS mit UNAMID. Diese birgt erhebliche politische Risiken. Die Gefahr besteht vor allem darin, dass die politische Akzeptanz von UNMIS durch diese Verzahnung mit der kontroversen Hybridmission in Mitleidenschaft gezogen wird.

Dennoch bleibt für uns bestehen, dass UNMIS eine stabilisierende Wirkung bei der Umsetzung des Friedensabkommens CPA entfaltet und die Mission fortgesetzt werden muss. Unerlässlich ist aber auch, dass die sogenannte „internationale Gemeinschaft“ die UNMIS mit flankierenden politischen Maßnahmen – z.B. weiter gehende Vermittlungsangebote in der Frage von Abyei und der Grenzziehung zur Vermeidung einer erneuten Eskalation, Vermittlungsangebote in Fragen des zu verabschiedenden Wahlgesetzes sowie durch die fortgesetzte Unterstützung von – auch entwicklungspolitischen - Maßnahmen der Friedenskonsolidierung und Konfliktnachsorge – weiter unterstützt.

Kassala - Die vergessene Front im Osten

Auf unserer Fahrt nach Kassala, die Hauptstadt der Provinz Kassala State in der Nähe der eritreischen Grenze, wurden wir begleitet von Herrn Kricke (Deutsche Botschaft), Herrn Thomas Pfeiffer (Deutsches Rotes Kreuz) und lokalen Mitarbeitern des DRK. Die ca. 600 km lange Strecke führt bis nach Tirkuk und Edrut, zwischen Kassala und Hamesh Khoreib, nahe der Eritreischen Grenze.. Wir sind ein wenig überrascht über die grüne und vermutlich fruchtbare Landschaft – zumindest in der Nähe des Flusses (Blauer Nil). Atbara ist nicht nur ein Industriestandort, sondern auch die Kornkammer des Landes, wovon große Silos künden. Es wird offenkundig, dass der Sudan ein erhebliches und bisher nur schlecht genutztes Potenzial hat, die eigene Bevölkerung mit Landwirtschaftsprodukten zu versorgen.

Vom sogenannten neuen Wohlstand des Landes durch die Einnahmen aus der Erdölproduktion zeugen außerhalb Khartums neue Überlandleitungen, die die Hauptstadt mit Port Sudan verbinden; alles ist mehr oder weniger auf das Geschäft mit dem Öl ausgerichtet. Aber auch Richtung Kassala zeigen die neuen Strommasten, dass die Versorgung der Siedlungen mit Elektrizität voranschreitet. Das Gefälle zwischen den aufstrebenden Khartum und den Regionen an der Peripherie wird dennoch von Kilometer zu Kilometer sichtbar. Immerhin scheinen in der Provinz Kassala von den britischen Kolonialherren angelegte Bewässerungskanäle noch intakt; die Eisenbahnlinie indes ist ein stummes verrostetes Relikt

aus alten Tagen. Kassala an einer beeindruckenden Bergkulisse (aus einer Granitblase gebildet) gelegen, hat vor allem damit zu kämpfen, dass der Fluss in der Regenzeit über die Ufer tritt und dann beträchtliche Zerstörungen anrichtet, während in der übrigen Zeit der Mangel an Wasser die Lebensbedingungen beeinträchtigt.

Wir sprachen mit Repräsentanten verschiedener Parteien des Kassala Legislative Councils, einer Art Regionalparlament, das 50 Mitglieder umfasst, und den Ministern für Soziales und für Finanzen. Drei Aufgaben stünden im Vordergrund, erläuterten uns die Regierungsvertreter: Es gehe darum, erstens, den Weg der friedlichen Konfliktlösung zu festigen, zweitens die Wahlen im nächsten Jahr vorzubereiten und drittens die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzubringen. Gerade dabei sei Deutschland als „Entwicklungshelfer“ willkommen.

Es fehle insbesondere an einer funktionierenden Infrastruktur, die oben genannten Wasserprobleme bereiteten erhebliche Schwierigkeiten. Die Regierung wolle jetzt mit einem 5-Jahresplan die Entwicklung vorantreiben. Man ist bemüht, uns zu verdeutlichen, dass man den nationalen und regionalen Wahlprozess 2009 für wichtig hält und vergisst nicht zu betonen, dass bereits heute 35% der Plätze im Parlament von Frauen besetzt seien. Ein Problem betrifft die Provinz in immer stärkerem Maße: Der ansteigende Strom von Flüchtlingen aus Eritrea. Man geht von derzeit 52.000 Menschen aus, die über die Grenze gekommen sind. Vor allem aus dem zunehmend repressiver und totalitärer werdenden Eritrea, fliehen bis zu 50 Leute am Tag das Land, um dem militärischen Zwangsdienst zu entkommen.

In den Gesprächen wird uns zwar versichert, dass die steigenden Staatseinnahmen in Khartum sich auch in größeren Zuweisungen an die Provinz niederschlagen würden, aber konkrete Angaben sind nicht zu erhalten. Und sichtbare Zeugnisse sind weitgehend Fehlanzeige. Nach unseren Eindrücken spricht mehr dafür, dass die Diskrepanz zwischen der Hauptstadt und der Peripherie noch dramatisch zunimmt.

Immerhin hält der Frieden zwischen Khartum und den Rebellen der Eastern Front (Beja-Kongress et al.) seit zwei Jahren und vieles spricht dafür, dass es gelingen könnte, eine stabilere politische Ordnung zu etablieren. Zwar existieren auch in Kassala State Stammeskonflikte bzw. Konflikte zwischen sesshaften Bauern und Nomaden, deren schier endlosen Zeltsiedlungen wir auf dem Wege nach Kassala immer wieder begegnen. Aber die Region hat günstigere Voraussetzungen in puncto Wasserzugänge und Weideland, sodass ein Interessenausgleich möglich scheint.

Deutschland hat aus politischen Gründen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit dem Sudan storniert, man hat allerdings mit einer Reihe von Projekten im Süden des Landes begonnen. Und im Osten des Landes hat das Deutsche Rote Kreuz mit Mitteln des AA und des BMZ einige Kleinprojekte realisiert; weitere sind geplant. Eine Schule ist gebaut worden, Brunnen wurden gebohrt, Nähmaschinen verteilt, handwerkliche und landwirtschaftliche Ausbildungsprojekte durchgeführt. Nicht alles scheint wohl gelungen. Der Versuch, Nomaden in landwirtschaftlichen Produktionsmethoden auszubilden – ohne die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Umstellung zu schaffen, geriet offensichtlich zum

Flop. Die Nutzbarmachung der sich dort schnell ausbreitenden Pflanze „Mestike“ dagegen kann zu einem Erfolgsprojekt werden.

Wir fahren zu einer Siedlung, in der das DRK Folgeprojekte auf den Weg bringen will. Der Scheich, der Dorfbregent und die Ältesten sind um uns versammelt: Es zeigt sich, was sich in anderen Dörfern wiederholen wird: Die internationale Lebensmittelkrise schlägt gerade in den ärmeren Teilen des Landes voll durch. Für das Vieh, das die Bauern verkaufen, erhalten sie äußerst niedrige Preise, für die Futter- und Lebensmittel jedoch müssen sie steigende Summen bezahlen. Eine Hungersnot droht. Die Menschen appellieren an uns. Erst langsam scheint sich der Zorn auch auf die Vertreter der Khartum-Regierung zu richten, die sich nur wenig, wenn überhaupt, um diese Probleme zu kümmern scheint. Ein besonders krasses Beispiel: Während des Bürgerkrieges wurde die Krankenstation in Terkuk zerstört. Die Regierung hat das Dach instand setzen und eine voluminöse Dankesplakette an den „Erbauer“, den beim ICC als Kriegsverbrecher angeklagten Minister für humanitäre Hilfe (Mohammed Haroun) anbringen lassen. Ansonsten lässt Potemkin grüßen. Die Inneneinrichtung ist verfallen; Arzneimittel oder medizinisches Personal sind nicht mehr vorhanden! Und in die Stadt zu fahren, die 50 km entfernt ist, ist unmöglich. Hier könnte mit relativ geringem Aufwand geholfen werden. Das gilt auch für Bewässerungsprojekte, die den Menschen das Leben erleichtern würden.

Bei einem Gespräch, das wir später in Khartum mit der Welthungerhilfe haben, werden uns diesbezügliche Vorhaben der Welthungerhilfe erläutert. Mit Hilfe von kleinen Dämmen soll an geeigneten Stellen das Wasser aus den sporadischen Regenfällen gesammelt und für landwirtschaftliche Produktion nutzbar gemacht werden. Das ist auch der einzige Weg, um Nomaden von einer anderen Lebensweise überzeugen zu können. Diese Projekte der Welthungerhilfe, aber auch die geplanten Vorhaben des Deutschen Roten Kreuzes scheinen uns besonders unterstützungswürdig.

Befremdlich während der zweieinhalb Tage im Osten: Vor allem bei den Überlandfahrten sind Frauen nicht zu sehen. Erst gegen Abend tauchen in der Savanne immer wieder Frauengruppen auf, die das gesammelte Brennholz nach Hause bringen. In den Dörfern, die wir besuchen, halten sich die Frauen ebenfalls versteckt. Eine neue Schule ist gebaut worden, aber leider nur für männliche Jugendliche. Die Mädchen werden gesondert in einer Koran-Schule unterrichtet. Wir fragen nach: So seien halt die Bräuche und Sitten der Stämme in dieser Gegend, hören wir. Aber es gäbe doch eine allgemeine Schulpflicht. Ja, und die Regierung dränge auf Veränderung, aber dies brauche seine Zeit. Unsere sudanesischen Begleiterinnen, die für das Rote Kreuz bzw. den Roten Halbmond arbeiten und die sich in der Männerwelt gut zu behaupten wissen, machen keinen Hehl aus ihrer Verachtung für diese Zustände. Sie stehen dafür, dass es einen Weg aus dem Dunkeln für die Frauen gibt. In den Dörfern hinter Kassala ist er noch lang.

Hoffnungsträger Kommunistische Partei?

Zum Schluss treffen wir Dr. Shafea Khider von der KP des Sudan. Die KP war die einstmals stärkste Kommunistische Partei Afrikas. Unter dem Regime des „Sozialisten“ Nimeiry in den siebziger Jahren wurde sie grausam dezimiert, sie berappelte sich in den achtziger Jahren

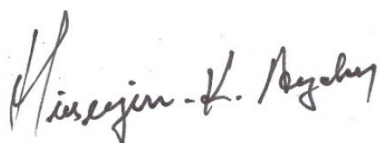
und musste den „Tiefschlag“ der Zeitenwende Anfang der Neunziger verwinden. Folglich ist die KP praktisch seit 1970 fast ohne Unterbrechung illegal. Heute hat sie einen gewissen Einfluss in Intellektuellenkreisen, ist aber immer noch im Neuaufbau begriffen. Anfang nächsten Jahres soll der erste nationale Partei-Kongress seit 1968 stattfinden! Eine große strategische Debatte über ein neues Programm ist in Gang gesetzt worden; der Entwurf wird auf Regionalkonferenzen beraten.

Die neuen Entwicklungen im Lande böten auch neue Chancen für eine demokratische Umgestaltung des Landes. Die Baschir-Regierung habe in den letzten zehn Jahren eine Verbindung von Islamismus und „parasitärem Kapitalismus“ versucht; dieses Projekt sei im Grunde gescheitert. Die Widerstände innerhalb der Bevölkerung – besonders in der städtischen Arbeiterschaft und der Jugend - zum Bashir-Regime nähmen zu. In dieser Lage gehe es bei den Wahlen um zwei Optionen: Entweder setze sich ein gemäßigter islamischer Block, verbunden mit Kräften der Zivilgesellschaft, durch oder aber eine weitergehende demokratische Transformation könne vorangebracht werden. Daran arbeite die KP. Dabei gehe es nicht um eine „Linkskoalition“, sondern um einen wesentlich breiteren Ansatz. Es müsse im Übrigen klar sein, dass man im Sudan von heute keine Politik gegen die Stämme und gegen die Religion machen könne.


Ob es zu fairen Wahlen komme, hänge nicht zuletzt vom Beginn eines echten Friedensprozesses in Darfur ab. Bezüglich dieses Konflikts bemühe sich die Partei darum, einen Runden Tisch mit anderen oppositionellen Kräften und den bewaffneten Bewegungen zusammen zu bringen. Man wolle dort über eine „Declaration of Principles“ und einen Friedensplan sprechen, um so den Druck auf die Regierung zu erhöhen.

Auf die Frage nach dem Verhältnis zu den beiden UN-Missionen erklärt uns Dr. Khider dass man zwar sehe, dass das CPA zu der Abspaltung des Südens führen könne. Man selber befürworte eindeutig die Einheit des Sudan, aber entscheidend sei jetzt, die Kultur der Gewalt zu brechen. UNMIS könne dazu beitragen. Auch UNAMID habe man unterstützt. Mit der Stationierung von mehr Soldaten könnten Zivilisten besser geschützt, könnte ihnen besser geholfen werden. Das gelte besonders für die Flüchtlinge. In jeder Hinsicht problematisch sei die Art und Weise, wie die jetzige Mission zustande gekommen sei. Aber, so seine Aussage wörtlich: „Everyone in Darfur says: I need someone to protect me.“

Wir haben zum Schluss gebeten, uns und der Partei Die LINKE eine Einladung zu ihrem V. Kongress zukommen zu lassen.



Hüseyin-Kenan Aydin



Paul Schäfer